

**An das  
Bundesministerium der Justiz, Mohrenstr. 37, 10117 Berlin  
Fax: 01888-5809525**

**e-mail: poststelle@bmj.bund.de**

**Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Rochusstr. 1, 53123  
Bonn  
Fax: 01888-5294262**

**e-mail: internet@bmvel.bund.de**

**den Petitionsausschuss des Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fax: 01888-1836878 oder 030-22736911**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich/wir wurden vor einigen Jahren von einem Vermittler angesprochen, welcher uns/mir vor Augen hielt, dass man mit Hilfe einer staatlichen Förderung in Form von Steuerersparnissen eine zusätzliche Alterssicherung durch den Erwerb einer Immobilie/Immobilienfonds aufbauen könne. Das Angebot sei seriös, weil sich eine Bank bereits zur Finanzierung bereit erklärt hätte und andernfalls die Finanzierung nicht übernehmen würden. Es gab damit für mich/uns keine ernsthaften Zweifel weil u.a. bekannt war, dass eine Bank keine Finanzierung übernimmt, wenn die Höhe des Darlehens nicht vom Wert der Immobilie gedeckt ist. Später stellte sich heraus, dass ich/wir über die rechtlichen Folgen und wirtschaftlichen Konsequenzen in perfider Weise getäuscht worden sind und die Bank mich/uns in Zusammenarbeit mit den Verkäufern in eine lebenslange Schuldenfalle laufen ließ. Realistische Mieterträge nebst Steuervorteilen reichen nicht ansatzweise, um die Darlehenszinsen abzudecken. Der tatsächliche Wert der Immobilie/ des Immobilienfondsanteils liegt weit unter der Höhe des zum Erwerb aufgenommenen Darlehens. Der Erlös aus einem Verkauf der Immobilie/des Immobilienfondsanteils - falls dieser überhaupt möglich wäre - würde keinesfalls auch nur annähernd ausreichen, um das Darlehen zurückzuzahlen.

Von Rechtsanwälten mussten wir uns erklären lassen, dass wir zwar Recht haben, aber nicht gewährleistet ist, dass wir Recht bekommen. Denn ein gerichtliches Vorgehen gegenwärtig sei riskant, weil in den letzten 3 Jahren der 11. Senat des BGH zum Verbraucherkredit- und Haustürwiderrufsgesetz sowie zu einer Haftung für eigenes und zurechenbares Verschulden ausnahmslos zu Gunsten der Banken argumentiert und entschieden hat. Richter der unteren Instanzen, viele Rechtsanwälte und Gelehrte der Rechtswissenschaft würden die Auffassungen des BGH aber nicht teilen. Ebenso habe die Europäische Kommission den BGH hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinie zum Widerruf von Haustürgeschäften scharf kritisiert.

Ich/wir sind enttäuscht, dass der Rechtsstaat nicht in der Lage zu sein scheint, mich/uns als Verbraucher mit wirksamen rechtlichen Möglichkeiten vor Schaden aus der Täuschung zu befreien. Schlimmer noch, wir werden faktisch als Steuerspekulanten betrachtet und bei Nutzung eines Widerrufsrechtes mit der sofortigen Darlehensrückzahlung konfrontiert.

Ich/wir appellieren an Sie, dieses Ergebnis nicht zuzulassen und uns zur Seite zu stehen.

Wie können die Nutznießer aus diesem Schaden so ungleich besser gestellt sein, als wir Geschädigte selbst? Wie soll(en) ich/wir die vom Staat heute geforderte Eigeninitiative etwa bei der Altersvorsorge aufbringen, wenn man so leicht Gefahr läuft, alles zu verlieren? Warum ist unser Schutz als Verbraucher so lückenhaft, dass die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können? Warum spielt der Umstand, dass ich/wir geschädigt wurden, nicht wenigsten bei der Frage eine Rolle, ob noch jemand etwas von uns verlangen kann, wenn jetzt z.B. aus dem Darlehen gegen uns vollstreckt wird?

Name, Vorname.....

Anschrift.....

Bezeichnung der Immobilie/Fondsbeteiligung:.....

Finanzierende Bank:.....

Höhe des Darlehens:.....Jahr der Aufnahme:.....

Arbeitnehmer(-in)/Angestellte (-r): ja/nein

Eigenes Alter .....